

23.02.2011

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die  
**Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**  
am 15.02.2011

<b>Sitzungsbeginn:</b>	<b>16:30 Uhr</b>
<b>Sitzungsende:</b>	<b>21:15 Uhr</b>
<b>Sitzungsort:</b>	<b>Hochschule Anhalt (FH) Bauhausstraße 5, Haus 8</b>

**Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**

**Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**  
Schönemann, Ralf

**Fraktion der CDU**  
Trocha, Harald  
Gebhardt, Roland

**Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**  
Krüger, Otto-Harald

**Fraktion der SPD**  
Hartmann, Robert  
Dreibrodt, Hans-Peter

Vertreter für Herrn Laue

**Fraktion Pro Dessau-Roßlau**  
Otto, Hans-Georg

**Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN**  
Schmidt, Holger Prof. Dr.

**Fraktion der FDP**  
Neubert, Jürgen Dr.

Anwesend bis TOP 10

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage 1)

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### 1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte er die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie – mit 9 stimmberechtigten Stadträten - die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Er dankte Herrn Prof. Lückmann für die Gastfreundschaft der Hochschule Anhalt.

### 2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde durch **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, angefragt, zu welchen Themen das Dezernat für Wirtschaft und Stadtentwicklung unter dem TOP 10.1 informieren werde.

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, informierte, dass sie hinsichtlich einer Anfrage aus dem Bauausschuss zur Förderung der Denkmalobjekte berichten werde.

**Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**, informierte darüber, dass er entsprechend eines Auftrages aus dem Bauausschuss die Innenhofgestaltung im Sanierungsgebiet Dessau-Nord vorstellen werde.

**Frau Guth, Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing**, erklärte, dass sie eine Beantwortung der Anfragen zum Gutachten der Flugplatzentwässerung und dem Entwicklungskonzept der gewerblichen Wirtschaft vornehmen werde.

Zum Stand der Abstimmungen mit der Bürgerinitiative Hagenbreite werde ebenfalls informiert, so **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**.

Durch **Herrn Prof. Dr. Schmidt** wurde darum gebeten, diese Themen bei der nächsten Einladung in der Tagesordnung zu vermerken.

Nachdem keine weiteren Anfragen, Änderungen oder Ergänzungen vorgebracht wurden, stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die Tagesordnung in der ausgereichten Form zur Abstimmung.

#### Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

### 3. **Präsentation der Gestaltungsentwürfe für die ehemaligen Aufsichtshäuschen auf den Bahnsteigen des Hauptbahnhofs Dessau durch Studenten der Hochschule Anhalt**

Einführend erinnerte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, an die Beschlussvorlage, die Gestaltungsmaßnahmen im Bereich der Bahnhöfe in Dessau und Roßlau zum Inhalt hatte. Ein Teilprojekt war dabei die Aufwertung der Aufsichtshäuschen auf den Bahnsteigen des Dessauer Hauptbahnhofs. Zur Finanzierung dieser konzeptionellen Arbeiten richtete sie ihren Dank an Herrn Hoffmann aus Bonn, der mit einer

finanziellen Unterstützung die Zusammenarbeit mit der Hochschule ermöglichte. Seitens der Hochschule Anhalt wurden die Arbeiten durch Herrn Prof. Lückmann begleitet, als Vorsitzender der Jury fungierte Herr Brosig. Aus den vorgelegten Arbeiten wurden ein Sonderpreis und drei prämierte Arbeiten ausgewählt.

**Herr Prof. Lückmann, Hochschule Anhalt (FH)**, erläuterte, dass die Entwürfe im Rahmen eines englischsprachigen Kurses der Denkmalpflege erarbeitet worden und eine hohe Bandbreite hinsichtlich der Ergebnisse aufwiesen. Er übergab das Wort an die Preisträger und übersetzte deren Ausführungen.

Für einen Sonderpreis wurde die Arbeit von **Frau Yuldasheva, Usbekistan**, ausgezeichnet, die sich in Anlehnung an die Tätigkeit von Hugo Junkers und dem Flugzeugbau mit der Gestaltung der Bahnsteigüberdachungen beschäftigt hatte.

Der Entwurf des **Herrn Bota** zur Aufwertung der Aufsichtshäuschen, der mit dem dritten Preis prämiert wurde, war gekennzeichnet von den Eingriffen in die Öffnungen und der gesamten Verkleidung des Baukörpers.

**Herr Aristov, Ukraine**, stellte den vorhandenen Baukörper in Addition mit Elementen des Bauhauses und wurde für seine Arbeit mit dem zweiten Preis ausgezeichnet.

Den Entwurf von **Frau Trofimova, Ukraine**, prämierte die Jury mit dem ersten Preis. Im Konzept wurde das gesamte Gebäude mit einer modernen Hülle überzogen.

Zur Anfrage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, nach der Einbeziehung der Deutschen Bahn in die Kommunikation des Prozesses wurde durch **Frau Jahn** dahingehend beantwortet, dass **Herr Bulang** als Vertreter der DB AG in der Jury zur Beurteilung der Arbeiteten vertreten war.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dankte den Vertretern der Hochschule Anhalt und der Jury.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen**. Die Arbeiten wurden im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 4 besichtigt.

#### **4. Information der DB Station&Service AG über die Planung von Baumaßnahmen an den Bahnsteigen des Hauptbahnhofs Dessau**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, begrüßte eingangs das Interesse der Deutschen Bahn am Standort Dessau.

Durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, wurde das Ergebnis des Sonderpreises für die Gestaltung der Bahnsteigüberdachungen gewürdigt und erklärt, dass es bereits bei der Abstimmung der Jury ein Anliegen war, nach positivem Votum des Bauausschusses Umsetzungsmöglichkeiten zu prüfen.

Nachdem sich **Herr Bulang, Leiter Station und Service der DB AG**, persönlich dem Gremium vorgestellt hatte, bezeichnete er die Finanzierung des Vorhabens als entscheidendes Kriterium. Man werde im Jahr 2013 die Grundsanierung der Bahnsteige und –überdachungen vornehmen und habe bei der Umsetzung des Entwurfs eine Finanzierungslücke zum bisher veranschlagten

Budget zu schließen. Trotz der Zustimmung zum Entwurf könne er heute keine Zusagen in dieser Richtung geben.

Hinsichtlich der bereits am Hauptbahnhof realisierten Maßnahmen dankte Herr Bulang der Stadt, die durch Mitfinanzierung die Errichtung des Vordachs, das in der letzten Woche angebaut wurde, ermöglichte. Für die Wartebereiche im Inneren des Bahnhofsgebäudes arbeite man derzeit an der Gestaltung gemeinsam mit der Nahverkehrsgesellschaft Sachsen-Anhalt. In die Flächen von ca. 400 m<sup>2</sup> werden hier nach aktuellem Stand ein Bäcker und die derzeit vor dem Gebäude befindliche Mobilitätszentrale einbezogen. Für Ende 2011 bis Anfang 2012 plane man die Eröffnung.

Zum bislang erreichten Sanierungsstand der energetischen Ertüchtigung des Gebäudes werde man am 07.03.2011 eine feierliche Eröffnung vornehmen.

Als künftig zu realisierende Leistungen bezeichnete Herr Bulang die Errichtung eines elektronischen Stellwerks und weiterer Stationen, deren Umsetzung bis zum Jahr 2015 finanziell abgesichert sei.

Für den Tunnel unter den Bahnsteigen werde eine Studie zur Aufwertung bzw. Erneuerung erarbeitet. In der Gesamtheit sind weitere Investitionen in einer Höhe von 10 Mio. Euro vorgesehen, was in der Region kein vergleichbares Projekt aufweisen könne.

Dass die Voraussetzungen zur Umsetzung des Sonderpreises in den Jahren 2011/12 zu schaffen seien, wie durch **Herrn Beigeordneten Hantusch** angefragt, bestätigte **Herr Bulang**.

Die Nachfrage von **Herrn Schönemann** zu den Kosten des Bahnhofprojekts in Wittenberg, beantwortete **Herr Bulang** mit einem Gesamtvolumen von ca. 3 Mio. Euro.

Durch **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, wurde auf eine Änderung der Bahnsteignummerierungen hingewiesen. Die Sanierung des Tunnels halte er für wichtig, da derzeit Wasser eintritt und Teile des Durchgangs bereits überflutet seien. Seine Nachfrage, ob mit dem erwähnten Wartebereich die ehemalige IBA-Ausstellung gemeint war, bejahte **Herr Bulang**.

**Herr Prof. Dr. Schmidt** wies weitergehend darauf hin, dass bei den Durchsagen am Bahnhof keine Übereinstimmung mit den tatsächlichen Ein- und Ausfahrten der Züge festzustellen sei. Hier bestehe Handlungsbedarf. Ebenso sei ein Informationssystem im Wartebereich vorzusehen. Die Antwort auf seine Nachfrage nach den Aus- und Einsteigezahlen am Bahnhof, müsse nachgeliefert werden, so **Herr Bulang**.

Die Entwicklungen am nördlichen Nachbargebäude des Bahnhofs, die durch **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, angefragt worden, konnten durch **Herrn Bulang** nicht konkret beantwortet werden, da es sich um ausgelagerte Bereiche der Bahn handele. Entsprechende Ansprechpartner können jedoch benannt werden.

Auf die Frage des **Herrn Ginzkey, Alte Leipziger Straße 13**, was aus dem Wandbild im Eingangsgebäude werde, verwies **Herr Bulang** auf mögliche Abstimmungen mit der Stadt zur künftigen Verfahrensweise.

In Bezug auf den Einwurf von Herrn Ginzkey erinnerte **Herr Schönemann** an die Geschäftsordnung.

Durch **Herrn Beigeordneten Hantusch** wurde für die bisherige, sehr konstruktive und ergebnisorientierte Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und der Deutschen Bahn gedankt.

Zur Frage des **Herrn Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, ob die Deutsche Bahn über eigene Projektierungsstellen verfüge und ob es übergreifende Planungs- und Designrichtlinien gebe, erklärte **Herr Bulang**, dass die DB keine eigenen Planungsbüros besitze und eigene Planungen

eher die Ausnahme seien. Zu Bahnsteighöhen, Beleuchtungen, Dächern gebe es klare Richtlinien. Ein einheitliches Design sei zwar angestrebt, stelle aber keinen Zwang dar.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

## 5. Informationen zur Thematik Grundwasser

Durch **Herrn Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, wurde zum aktuellen Sachstand berichtet. Zur Auswertung der Stichtagsmessungen der Grundwasserstände im Stadtgebiet stehe Herr Riemann zur Verfügung. Frau Dorn werde im Anschluss zu den laufenden Sofortmaßnahmen berichten.

Als nächsten Schritt in der Prüfung langfristiger Maßnahmen werde am 18.02.2011 an einer Beratung des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt teilgenommen, um an überregionalen Lösungsansätzen zu arbeiten.

Auf die Frage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, ob die Stadt über einen objektbezogenen Datenbestand verfüge, der eine Übersicht hinsichtlich der Betroffenheiten liefere, antwortete **Herr Pfefferkorn**, dass die Daten nicht gebäudescharf sondern gebietsbezogen vorliegen. **Herr Schönemann** bat, dies als Arbeitsthema aufzunehmen und den Aufwand zu prüfen.

**Herr Riemann, Büro FUGRO-HGN**, ging in seinen Ausführungen auf die relevanten Randbedingungen des Grundwassers ein und stellte die aktuellen Besonderheiten und die ehemaligen Grundwasserentnahmen und –mengen im Stadtgebiet dar. Die grundwasserdynamischen Bedingungen des Jahres 2010 beruhen auf den Stichtagsmessungen an ca. 300 Messpunkten, die im Dezember des Vorjahres vorgenommen wurden. Er erläuterte die Niederschlagsmengen des Jahres 2010, wobei in der zweiten Jahreshälfte annähernd die langfristigen Jahressummen erreicht worden, die Ganglinien der Elbe und Mulde, die 2010 deutlich erhöht waren und somit einen Rückstau verursachten, sowie die Ganglinien des Grundwassers im Stadtgebiet. Mit den Gefällebedingungen der Grabensysteme und deren Leistungsfähigkeit schloss er die Darstellung der aktuellen Lage.

Lösungsansätze für die Beseitigung des Grundwasserproblems seien kurz-, mittel- und langfristig zu erarbeiten. Zuerst seien die Grabensysteme zu ertüchtigen, dann eine Bemessung und Planung von Grundwasserentnahmen in sensiblen Bereichen durchzuführen und anschließend Untersuchungen von Ableitungsalternativen für das anfallende Grundwasser zu führen.

Für die Bereiche östlich der Mulde seien gesonderte Betrachtungen anzustellen.

Als zielführend stellte er eine überregionale Konfliktanalyse unter Einbeziehung der angrenzenden Landkreise dar.

**Herr Schönemann** dankte für die konkrete Darstellung der Problemlage.

Deutlich herauszuarbeiten sei, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass die Prognosen von einem permanent hohen Grundwasserstand ausgehen und das Grabensystem sowie dessen Gefälleigenschaften nicht ausreichend seien.

**Herr Reimann** bestätigte, dass mit steigenden Grundwasserständen zu rechnen sein wird, da die Wochen der jährlichen Höchststände erst im März und April seien. Eine Entspannung könne man erst danach erwarten, der Monat der niedrigsten Stände sei erfahrungsgemäß der September. Demzufolge sei mit einer weiteren Verschärfung der bereits angespannten Situation auszugehen.

Auf die Frage des **Herrn Schönemann**, wann mit den ersten Ergebnissen der überregionalen Arbeit zu rechnen sei, antwortete **Herr Riemann**, dass eine stufenweise Abarbeitung vorgesehen sei.

Mit Blick in Richtung Osten in den Bereich Kapen müsse hinterfragt werden, so **Herr Trocha, Fraktion der CDU**, ob das dort im Erdreich befindliche Gift nun schneller in Richtung Dessau transportiert werde. Dies sei nicht auszuschließen, antwortete **Herr Riemann**.

Bei der Grundwasserentnahme habe man derzeit wieder einen Stand von 1914 erreicht, so **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**. Die Frage sei, ob sich auch ein ähnlicher Grundwasserstand wie zu damaliger Zeit einstellen werde. **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, ergänzte die Fragestellung dahingehend, ob man die Grundwasserstände vor der Industrialisierung bereits erreicht habe. Die diesbezügliche Datenlage bezeichnete **Herr Riemann** als begrenzt, man werde jedoch weitere Recherchen anstellen.

**Herr Otto** wies darauf hin, dass die Maßnahmen an den Deichanlagen in die Gesamtbetrachtung einzubeziehen seien. Beispielsweise am Sommerwall in Kleinkühnau sei es zu Veränderungen des Systems gekommen.

Unter Bezugnahme Gesamtlast von 300 km Grabenlänge stelle sich die Frage, so **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, welche finanziellen Mittel zur Verfügung stünden. **Frau Dorn, Tiefbauamt**, bezifferte die Mittel mit einer Höhe von 275.000 Euro.

Seitens der vertretenen Bürger wurde für die engagierte Arbeit des Tiefbauamts und der Zusammenarbeit gedankt. Auf weitere Schwachstellen im Bereich Kreuzbergstraße, Lork und vermuteten Leckagen wurde hingewiesen. Für die Biber, die im Bereich Lorkgraben Schäden am Grabensystem verursachen, wurde um schnelle Umsiedlung gebeten.

Dass die Biberdämme zurückgenommen wurden, erklärte **Herr Mardicke, Amt für Umwelt und Naturschutz**. Weitere mögliche Bautätigkeiten werden geprüft, die Anlagen baue man bei Erfordernis zurück. Derzeit seien keine Biberdämme vorhanden.

**Herr Schönemann** bat um Beifügung der Ergebnisprotokolle der Vor-Ort-Begehungen des Tiefbauamts an das Protokoll des Bauausschusses.

In einer weiteren Bürgermeldung wurde darum gebeten, dass vorhandene Grabensystem gangbar zu machen, das Ausräumgut zu verbringen und eine ständige Kontrolle durchzuführen.

Auf die Nachfrage aus der Bürgerschaft zur Problemstellung im Bereich Beckerbruch, erläuterte **Frau Dorn**, dass hier eine Funktionsuntüchtigkeit des Durchlasses vom Beckerbruch zum Wallwitzsee vorliege. Alle bisherigen Bemühungen zur Instandsetzung blieben ohne Erfolg.

Um die Betroffenheit zu erfassen wurde von einer Bürgerin die Organisation einer Informationsveranstaltung für die Geschädigten vorgeschlagen.

Aufgrund der vorgestellten Datenlage stelle sich die Frage, so **Herr Otto**, ob ein höherer Grundwasserstand mit dem bestehenden Grabensystem beherrschbar sei und wo die kritische Höhe liege. Zudem sei die Aussage nötig, ob Pumpleistungen zielführend wirken.

Die Beantwortung dieser Fragen sei in die Aufgabenstellung der konzeptionellen Untersuchungen eingeflossen, bestätigte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Zur Information werde man diese Unterlage an das Protokoll der heutigen Sitzung anhängen.

Bei der Frage, ob die derzeitige flächenbezogene Datenlage als Grundlage für die grundstücksbezogene Betroffenheit dienen könne, sei deren Relevanz zu hinterfragen, so **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**.

Eine „Karte der Betroffenheiten“ bedinge zusätzliche Messleistungen sowie modelltechnische Berechnungen zur Bemessung, so **Herr Riemann**.

Dies sei auch eine Frage der finanziellen Ausstattung, erklärte **Herr Schönemann**. Er halte den Ausbau der Datenlage für erforderlich, nur müsse man auch hier Aufwand und Nutzen gegenüberstellen.

Das Thema werde man weiter auf der Tagesordnung behalten, so dass zu jeder Sitzung ein Bericht zum Sachstand erfolgen könne.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

## **6. Genehmigung der Niederschrift des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 13.01.2011**

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 13.01.2011 wurde durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, erklärt, dass seine Anmerkungen unter Tagesordnungspunkt 5.1 nicht vollständig wiedergegeben worden. Auf eine Korrektur des Protokolls verzichtete er.

Sonstige Änderungen oder Ergänzungen wurden nicht vorgebracht.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** stellte die die Niederschrift zur Abstimmung.

### **Abstimmungsergebnis:**

**8 : 0 : 1**

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 13.01.2011 wurde ungeändert bestätigt.

## **7. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, informierte über die folgenden Informationen und Beschlussfassungen im nicht öffentlichen Teil der Sitzung vom 13.01.2011:

*Vergabe von Garten- und Landschaftsbauarbeiten  
Vergabe Nr. 191/2010 Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Entwicklungsgebiet Dessau-Kochstedt / Ökologische Ersatzmaßnahmen H bis J  
Vorlage: DR/BV/481/2010/VI-60  
Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.*

Vergabe von Bauleistungen  
Vergabe-Nr.: 202/2010  
Baumaßnahme: Deckenerneuerung Fahrbahn Theaterviertel  
Vorlage: DR/BV/511/2010/VI-66  
Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Vergabe von Bauleistungen  
Bituminöser Hocheinbau als Lärminderungsmaßnahme in der Berliner Straße im Stadtteil Roßlau  
-Novellierung Maßnahmebeschluss-Vergabe der Bauleistung-  
Vorlage: DR/BV/506/2010/VI-66  
Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Vergabe von Bauleistungen  
Generalsanierung der Sekundarschule "Am Rathaus" im zukünftigen Schulstandort Ringstraße 48 in Dessau-Roßlau, Los 12 Trockenbau (Verg.-Nr.: 106/2010)  
Vorlage: DR/BV/505/2010/VI-65  
Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Vergabe von Bauleistungen  
LOS 31 Heizung/Sanitär in der Sekundarschule, Ringstraße 48  
Vorlage: DR/BV/507/2010/VI-65  
Die Vergabe der Leistung wurde ungeändert beschlossen.  
Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 0

Rückfragen wurden nicht geäußert.

## 8. Öffentliche Informationsvorlagen

### 8.1. Vorgehensweise der Stadtverwaltung zur Siedlung Hirtenhau in Kochstedt Vorlage: DR/IV/051/2010/VI-63

**Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, erläuterte eingangs, dass die Leistungen aus dem Erschließungsvertrag für das Baugebiet Hirtenhau aus dem Jahr 1997 aufgrund der Insolvenz des Vorhabenträgers nicht vollständig ausgeführt worden. In der Vorlage habe nun die Verwaltung, da es immer wieder zu entsprechenden Rückfragen komme, die weitere Vorgehensweise in den einzelnen Themenbereichen dargestellt.

Ob die freien Flächen noch bebaubar seien, hinterfragte **Herr Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**. Dies sei möglich, so **Herr Beigeordneter Hantusch**, jedoch müsse der Vorhabenträger – man habe es hier mit verschiedenen Eigentümern zu tun – die Kosten tragen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**8.2. Sanierungsgebiet Dessau-Nord - Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJ 2011**  
**Vorlage: DR/BV/009/2011/VI-60**

Durch **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, wurde die Höhe des Aufwandes für den Sanierungsträger hinterfragt. Bei einem Anteil von 10 % der Gesamtkosten, müsse man sich die Frage stellen, ob man nicht ohne die Vergabe dieser Leistungen auskomme.

Der 10 %-ige Anteil beziehe sich auf die Gesamtlaufzeit, so **Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**. In früheren Jahren lag man mit dem jährlichen Anteil unter diesem Wert. Im Sanierungsgebiet Dessau-Nord seien durch den Sanierungsträger im Vergleich zu anderen Sanierungsgebieten besondere Leistungen zu erbringen. Zudem sei bereits die Abrechnung des Sanierungsgebiets in Bearbeitung.

Für die benannten Bauvorhaben werde man Einzelbeschlüsse vor Beginn der Maßnahmen vorlegen, so Herr Schmieder abschließend.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**9. Öffentliche Beschlussfassungen**

**9.1. Abwägung der im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zur 1. Änderung des B-Plans Nr. 119-A "Verwaltungszentrum Junkersstraße, Teilgebiet A - Berufsschulzentrum und Verwaltung" eingegangenen Stellungnahmen**  
**Vorlage: DR/BV/398/2010/VI-61**

Auf Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, zur Veräußerung des Grundstücks, erklärte **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, dass der Verkauf bereits stattgefunden habe und derzeit durch den Investor der Bauantrag bearbeitet werde.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

**Abstimmungsergebnis:**

**9 : 0 : 0**

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

**9.2. Satzungsbeschluss für die 1. Änderung des B-Plans Nr. 119-A "Verwaltungszentrum Junkersstraße, Teilgebiet A - Berufsschulzentrum und Verwaltung"**  
**Vorlage: DR/BV/399/2010/VI-61**

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

**Abstimmungsergebnis:**

**9 : 0 : 0**

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

**9.3. Veränderungssperre für den Teilbereich "Am Friedhof III" im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 216 "Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche" / Einstellung des Aufstellungsverfahrens zum Bebauungsplan Nr. 215 "Am Friedhof III"  
Vorlage: DR/BV/011/2011/VI-61**

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

**Abstimmungsergebnis:**

**9 : 0 : 0**

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

**9.4. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 218 "Besucherzentrum am Bauhaus"  
Vorlage: DR/BV/551/2010/VI-61**

Durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, wurde eingangs die Änderung der Bezeichnung des Vorhabens mit den fördertechnischen Rahmenbedingungen begründet. Hierzu erfolgte die Ausreichung einer geänderten Fassung der Beschlussvorlage.

Am 27.10.2010 habe der Stadtrat einen Beschluss zum Vorhaben und dessen Standort gefasst, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Im Punkt 3 der Vorlage habe man beschlossen, dass die Verwaltung quartalsweise zum Stand der Vorbereitung des Projekts informiere. Dies sei zur letzten Sitzung am 02.02.2011 nicht geschehen. In den Punkten 4 und 5 der Vorlage wurden weitergehende Informationen zur Finanzierung und der Erarbeitung eines Businessplanes angekündigt. Hierzu bat Herr Otto um Aufklärung.

Zum Aktuellen Stand der Projektentwicklung informierte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass es intensive Abstimmungen mit dem Landesverwaltungsamt und dem Wirtschaftsministerium gebe, um den Fördermittelantrag vorzubereiten. Unter Einbeziehung der zur Verfügung stehenden Fördermittel aus dem UNESCO-Welterbeprogramm werde derzeit ein voraussichtlicher Finanzierungsplan für das Investitionsvorhaben erarbeitet. Parallel dazu werden laufende Abstimmungen mit dem Bauhaus zur Erstellung des Betreiberkonzepts geführt. Nachdem im Dezernat die Prioritätenliste künftiger Investitionen vorliege, sei ein direktes Zugehen auf das Wirtschaftsministerium vorgesehen.

Zusammenfassend könne man sagen, dass sich die Vorbereitungen des Projekts auf einem guten Weg befinden.

Positiv bemerkte **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, die großzügige Gebietsabgrenzung für die Bauleitplanung zur Schaffung einer städtebaulichen Ordnung in diesem Bereich. Zu den Rahmenbedingungen bei der künftigen Betreibung seien klare Aussagen zu machen auch als Grundlage für den Vergleich mit anderen Projekten.

Das Objekt werde im Eigentum der Stadt verbleiben, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Den Betrieb werde die Stiftung Bauhaus übernehmen, entsprechende Kostenhöhen und deren Verteilung werden in der Projektbearbeitung derzeit geklärt.

Wichtig sei, so **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, das bestehende Denkmal erst in Frage zu stellen, wenn klar sei, was künftig entwickelt werde. Der Dialog mit den Vertretern anderer Meinungen sei offen und ehrlich zu führen.

Dass deren Initiative ernst genommen werde, bestätigte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Heute könne man berichten, dass noch im Jahr 2011 ein städtebaulicher Wettbewerb initiiert wird. Das Vorgehen werde Schritt für Schritt vollzogen.

Die angesprochene Unterschriftenliste wende sich nicht gegen das Besucherzentrum, sondern gegen den Standort, stellte **Herr Otto** klar. Das Bauvolumen bedinge eine vollständige Bebauung in diesem Bereich, was städtebaulich als kritisch zu werten sei. Seine Fraktion werde gegen die Vorlage stimmen.

Der abgestimmte Kontext und somit die einstimmig bestätigte Beschlusslinie des Stadtrates seien weiter zu verfolgen, erklärte **Herr Schönemann**.

Die geäußerten Bedenken seien in einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung anzuhören, so **Herr Prof. Dr. Schmidt**.

Auf die eindeutige Beschlusslage ohne Gegenstimme zum Vorhaben und dem Standort verwies **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**.

Empfehlend äußerte **Herr Beigeordneter Hantusch**, erst mal die Ergebnisse der Planungen und des Wettbewerbs zu erarbeiten und zu beurteilen. Das Umfeld und die städtebauliche Einordnung des Vorhabens werde entsprechende Berücksichtigung finden.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**7 : 1 : 1**

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich bestätigt.

### **9.5. Novellierter Maßnahmebeschluss "Hochwassersicherer Ausbau der Südstraße"** **Vorlage: DR/BV/033/2011/VI-66**

Zum Vorhaben wurde durch **Herrn Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, die zeitliche Abfolge der einzelnen Abschnitte erläutert. Erwähnt sei in der Vorlage ein Zeitraum von fünf Jahren, jedoch werde das LHW die Realisierung in zeitnaher Abfolge nach dem Bau des Schöpfwerks an der Rossel durchführen. Den Ortschaftsrat habe man in Kenntnis gesetzt.

Die Einvernehmensklärung des Ortschaftsrates solle Anlage des Protokolls werden, bat **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**.

Die Nachfrage von **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, ob die Baumallee entlang der Südstraße mit dieser Variante bestehen bleibe, bejahte **Herr Pfefferkorn**.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**9 : 0 : 0**

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

## **10. Öffentliche Anfragen und Informationen**

### **10.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung**

#### **10.1.1. Berichterstattung zur Förderung von Denkmalobjekten**

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, informierte, unter Bezugnahme auf eine Anfrage des Herrn Prof. Dr. Schmidt aus der Sitzung des Ausschusses vom 13.01.2011 sowie mit Verweis auf die ausgereichte Information zur Berichterstattung über die Förderung von Denkmalobjekten.

Man verfüge mit der ausgereichten Unterlage über eine gute Grundlage für künftig vorzubereitende Beschlussvorlagen zum Thema Denkmalförderung, so **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**.

Auf die Nachfrage des **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, wie mit neuen Anträgen auf Förderung von Maßnahmen an Denkmälern umgegangen werde, antworte **Frau Jahn**, dass aufgrund der nicht zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel, den Antragstellern eine Eingangsbestätigung erteilt und erläutert werde, dass derzeit keine Förderung ihres Vorhabens möglich sei.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

#### **10.1.2. Gutachtens zur Flugplatzentwässerung, Entwicklungskonzept der gewerblichen Wirtschaft**

**Frau Guth, Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing**, informierte, unter Bezugnahme auf eine Anfrage des Herrn Prof. Dr. Schmidt aus der Sitzung des Ausschusses vom 13.01.2011 zur Erstellung des Gutachtens für die Flugplatzentwässerung, dass die Studie in den nächsten Tage vorliege und man voraussichtlich im Mai 2011 eine Rückmeldung zu den abzuleitenden Maßnahmen geben könne.

Zur Anfrage hinsichtlich der Ausreichung des Entwicklungskonzepts der gewerblichen Wirtschaft erklärte Frau Guth, dass im März 2011 eine Vorlage dem Wirtschaftsausschuss und im Anschluss dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

#### **10.1.3. Sachstand Straßenbau Hagenbreite**

Zum Stand der Abstimmungen mit der Bürgerinitiative Hagenbreite informierte **Frau Jung, Tiefbauamt**. Einigung habe man mit den Anwohnern mittlerweile zu den Straßenbreiten, der Verkehrsführung und der geschlossenen Entwässerung erzielt. Zur Kostenoptimierung der Kanalverlegearbeiten werden derzeit Untersuchungen durchgeführt. Umfangreiche Recherchen wurden zur Klärung der Anwendung des Satzungsrechts geführt. Im Ergebnis könne man zum heutigen Stand mitteilen, dass der Straßenbau nach dem Erschließungsrecht und die Beleuchtung nach dem Ausbaurecht abzurechnen sei. Bis Ende Februar 2011 wurden zusätzliche Informationen seitens der Bürgerinitiative zugesagt, so dass man den Maßnahmebeschluss im Anschluss wieder einbringen werde.

Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, ob die Schmutzwasserverschließung kein Problem mehr darstelle, erklärte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamt**, dass zur vorgeschlagenen Lösung die Zustimmung der Anlieger vorliege.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

#### **10.1.4. Sachstand Rundbogenhalle auf dem ehemaligen Junkalor-Standort**

Zum nunmehr zweiten Brandschaden an der denkmalgeschützten Rundbogenhalle auf dem ehemaligen Junkalorgelände berichtete **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**. Nach der Regelung des Schadensausgleichs mit der Versicherung für den ersten Brand stehe man vor der Vergabe der Instandsetzungsleistungen in einer Höhe von ca. 100.000 Euro. Am 16.02.2011 erfolge die Begutachtung des zweiten Schadens gemeinsam mit Vertretern der Versicherung. Ein vollständiger Schutz der Halle sei vor Ort nicht möglich, so dass man abwägen müsse die zur Verfügung stehenden Mittel für einen Rückbau der Halle zu verwenden.

Diese Entscheidung sei noch nicht gefallen, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Man müsse jedoch auf die Problematik hinweisen, da der Verkauf der Halle bislang noch nicht vollzogen wurde.

Um einem weiteren Verzug zu vermeiden und somit die Halle weiter zu gefährden, empfahl **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, eine Umsetzung gemeinsam mit den Vertretern des Hugo-Junkers-Museums anzustreben.

Dazu sei die Klärung aller Randbedingungen von Nöten, so **Herr Bekierz**. Er hoffe, bereits zur nächsten Ausschusssitzung zu den Ergebnissen des Gutachtens und den Abstimmungen mit den potentiellen Nutzern berichten zu können.

Da der Stadt Kaufinteresse angezeigt wurde, sei man rechtlich zum Erhalt der Halle verpflichtet, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Dem gegenüber stehe das erhebliche Investitionsvolumen zum Erhalt der beiden Gebäude. Bei einer Bestätigung durch das Gremium werde man eine optimale Lösung erarbeiten, um weiteren Schäden vorzubeugen.

Grundsätzliche Probleme mit dieser Vorgehensweise äußerte **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Die beiden Originale seien am Standort zu belassen, mit den Mitteln der Versicherung zu reparieren und vor weiterer Beschädigung zu schützen.

Auf die Nachfrage des **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, ob der Investor – wie angekündigt – ab März/April 2011 die ersten Investitionen am Verwaltungsgebäude tätigen werde, verwies **Frau Guth, Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing**, auf den abgeschlossenen Verkauf und laufende Planungen. Eine Investition sei frühestens im Herbst zu erwarten. **Herr Beigeordneter Hantusch** ergänzte, dass ein Bauantrag für das Vorhaben bislang nicht vorliege.

Die Rettung des Objekts sei anzustreben, erklärte **Herr Schönemann** und stellte die Arbeitsrichtung Abbau und Sicherung der Rundbogenhalle unter Einsatz der Versicherungsmittel zur Abstimmung.

### Abstimmungsergebnis:

4 : 4 : 1

Diese Arbeitsrichtung fand keine Mehrheit.

Zu klären sei, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wann der Kaufinteressent Investitionen plane.

**Herr Beigeordneter Hantusch** empfahl eine Sondierung. Zum einen, wann der Ankauf und die Investitionen des Interessenten erfolgen sollen und zum anderen, in welchem Zeitraum eine Demontage und eine Neuaufbau durch das Technikmuseum erfolgen könne.

Darauf, dass jeder weitere Brand mit dem Verlust von Originalsubstanz verbunden sei, verwies **Herr Bekierz**. Aufgrund der Brandschädigung sei eine Wiederverwendung der betroffenen Stahlteile nicht möglich.

Entsprechend der Beschlusslage sei die Arbeitsrichtung Reparatur mit Versicherungsmitteln und der Schutz der Halle bis zur Durchführung der Sanierung zu verfolgen, forderte **Herr Prof. Dr. Schmidt**.

Durch **Herrn Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, wurde vorgeschlagen, die Verwaltung zu beauftragen, sofern die Beschlusslage ungeeignet scheint, entsprechend überarbeitete Beschlussvorlagen zur Bestätigung vorzulegen.

Diese Vorgehensweise wurde zur Abstimmung gestellt.

### Abstimmungsergebnis:

5 : 4 : 0

Diese Arbeitsrichtung fand eine Mehrheit.

Aufgrund der notwendigen Untersuchungen und Abstimmungen könne man dem Stadtrat frühestens im April 2011 eine geänderte Beschlussvorlage vorlegen, skizzierte **Herr Beigeordneter Hantusch** den zeitlichen Rahmen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

## **10.1.5. Gestaltung Innenhof Dessau-Nord**

**Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**, informierte - entsprechend eines Auftrages aus dem Bauausschuss - zu der Innenhofgestaltung (Mendelssohn-, Alexandra-, Lessing- und Eduardstraße) im Sanierungsgebiet Dessau-Nord. Er erläuterte den mit den Eigentümern und Anwohnern abgestimmten Gestaltungsentwurf, der zur Umsetzung ansteht. Bei der Zustimmung durch das Gremium werde man mit den Bauleistungen in den nächsten Tagen beginnen.

**Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, empfahl, zur ausreichenden Vorbereitung eine Beschlussvorlage zu erarbeiten und dem Gremium vorzulegen.

Man habe die Sanierungsziele mit diesem Gestaltungsentwurf nicht erreicht, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Jedoch sei Einigung mit den Eigentümern und den Anwohnern erzielt worden. Er bat um Ausreichung der Entwurfsblätter als Anlage zum Protokoll.

**Herr Schmieder** verwies auf die Novellierung des Rahmenplanes für das Sanierungsgebiet Dessau-Nord mit Beschlussfassung des Stadtrates Anfang des Jahres 2010. Die dort festgeschriebenen Sanierungsziele erreiche man mit dem nun vorliegenden Entwurf.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen und die Arbeitsrichtung bestätigt.

## 10.2. Sonstige Anfragen und Informationen

Durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wurde zum Vorhaben Kristallpalast angefragt, wann das Thema Medizinisches Versorgungszentrum Thema im Fachausschuss sei. Der Kapazitätsnachweis für das MVZ sei letzter Baustein des Bauantrages und somit Hinderungsgrund für die Ausreichung der Baugenehmigung.

**Frau Guth, Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing**, erklärte, dass bislang keine Vereinbarung zwischen dem Investor und dem Klinikum zur Ausgestaltung der Inhalte, Kapazitäten, Raumvolumen und Kosten für ein MVZ zustande gekommen sei, so dass die Grundlagen für eine Beschlussfassung derzeit nicht vorliegen. Der Investor wurde auf die Notwendigkeit entsprechender Verhandlungen hingewiesen.

Es liege eine klare Aussage der Klinikleitung vor, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass hierzu ein politischer Beschluss zu fassen sei. Einigung über die Grundstücksgröße und die Kosten habe man bereits erzielt. Er frage sich, wer bei der Entscheidung den Hut aufhabe.

**Herr Schönemann** bat das Dezernat VI um Begleitung der notwendigen Abstimmungen.

Nachdem **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, den Antrag stellte, dieses Thema im nichtöffentlichen Teil der Sitzung weiter zu behandeln, erklärte **Herr Otto**, dass, falls die Verwaltung innerhalb der nächsten 14 Tage keine Antwort gebe, eine Pressekonferenz zur Thematik anberaumt werde.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Thema wurden nicht geäußert.

Um einen Sachbericht zum Fortgang des Vorhabens Meisterhäuser bat **Herr Schönemann** für die nächste Ausschusssitzung.

Durch **Herrn Otto** wurde auf laufende und abgeschlossene Baumaßnahmen Bezug genommen. In der Burgkühnauer Alle seien die Randbereich des Radweges im Zuge der Baumfällarbeiten geschädigt. Im Kühnauer Park seien ähnliche Schäden nach Beendigung der Baumaßnahmen zu verzeichnen. Die Zufahrten der Baustellen in der Flurstraße und der Elballee erfahren keine Reinigung, die Straßen seien bereits geschädigt. Für die Baustellen Kühnauer Straße und Kreuzung Sieben Säulen stelle sich die Frage nach der Verkehrsfreigabe und dem Bauen sowie einem Konzept zum Umgang mit den geschädigten Umleitungsstrecken. Die Versäumnisse der Stadt bei den angesprochenen Vorhaben seien nicht nachvollziehbar.

**Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, informierte darüber, dass die Verkehrsraumschränkungen im Bereich der Kreuzung Sieben Säulen aufgrund der laufenden Arbeiten weiterhin notwendig seien. Die Kühnauer Straße werde in der übernächsten Woche für den Verkehr freigegeben.

Die weiteren vorgenannten Anmerkungen, die teilweise Baustellen Dritter betreffen, werde man prüfen.

In Anbetracht der veränderten Verkehrsführung in Mildensee fragte **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, wann man die Rechts-vor-Links-Regelung in Dessau-Nord im Bereich der Karlstraße einführen werde. Darüber hinaus fragte er nach dem Stand laufender Planungen für den Radweg im Bereich Stadtweg und die Terminstellungen zur Vorstellung des Masterplans Innenstadt und der Ergebnisse des Wettbewerbs EUROPAN 10 im Fachausschuss.

Zu den beiden letztgenannten Punkten verwies **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, auf eine gemeinsame Sitzung des Wirtschafts- und des Bauausschusses, die man derzeit vorbereite.

Zur angefragten Änderung der Verkehrsregelung für die Karlstraße, erklärte **Herr Pfefferkorn**, dass aufgrund der Verkehrsbelastung eine Änderung erst nach Inbetriebnahme der Ostrandstraße und den damit verbundenen Verkehrsentlastungen in Dessau-Nord möglich sei.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:45 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### **13. Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 21:15 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 23.02.11

---

Ralf Schönemann  
Vorsitzender  
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf  
Schriftführer

---

VI

#### Anlagen:

1. Anwesenheitsliste
2. Ergebnisprotokoll Grundwasser
3. Aufgabenstellung Grundwasserstudie
4. OR-Protokoll Roßlau zur Südstraße
5. Innenhofgestaltung Dessau-Nord